



**Kleine Anfrage**  
**Sascha Herr (fraktionslos)**

**Sprachmittlung in der gesundheitlichen Versorgung in Hessen II – Einsatz ehrenamtlicher Sprachmittler, Haftungsfragen und Qualitätsstandards**

**Vorbemerkung Fragesteller:**

Die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage „Sprachmittlung in der gesundheitlichen Versorgung in Hessen – tatsächlicher Bedarf, Einsatzpraxis und strukturelle Defizite“ (Drs. 21/4137) hat ergeben, dass der Landesregierung zu Umfang, Kosten, Versorgungsdefiziten und möglichen Fehlbehandlungen aufgrund von Sprachbarrieren in weiten Teilen keine eigenen Erkenntnisse vorliegen. Zugleich teilte die Landesregierung mit, dass im Rahmen des Landesprogramms WIR – Vielfalt und Teilhabe ehrenamtliche Laiendolmetscher auch im medizinischen Kontext eingesetzt werden und hierbei Haftungsausschlüsse unterzeichnet werden müssen.

Gerade im Bereich medizinischer Aufklärung, Diagnostik und Behandlung wirft der Einsatz nicht professioneller Sprachmittler erhebliche Fragen hinsichtlich Qualität, Patientensicherheit, Haftung und struktureller Verantwortung auf.

**Ich frage die Landesregierung:**

- 1) Wie viele Einsätze ehrenamtlicher Sprachmittler im medizinischen oder gesundheitsbezogenen Kontext haben im Rahmen des Landesprogramms WIR – Vielfalt und Teilhabe in den vergangenen fünf Jahren stattgefunden (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
- 2) In welchen konkreten Bereichen oder Einrichtungen kamen diese Sprachmittler zum Einsatz (bitte nach Krankenhäusern, Arztpraxen, Gesundheitsämtern, Beratungsstellen, psychotherapeutischen Einrichtungen oder sonstigen Bereichen differenzieren)?
- 3) Welche fachlichen, sprachlichen oder rechtlichen Qualifikationen beziehungsweise Schulungen müssen ehrenamtliche Sprachmittler vor ihrem Einsatz im medizinischen Bereich nachweisen oder absolvieren?
- 4) Welche konkreten Haftungsrisiken sieht die Landesregierung beim Einsatz ehrenamtlicher Laiendolmetscher im medizinischen Kontext und aus welchen Gründen werden entsprechende Haftungsausschlüsse verlangt?
- 5) Sind der Landesregierung Fälle bekannt, in denen es im Zusammenhang mit nicht professioneller Sprachmittlung im medizinischen Bereich zu Beschwerden, Behandlungsfehlern, Fehlkommunikation oder sonstigen Problemen gekommen ist?

- 6) Welche konkreten Initiativen hat die Landesregierung seit Beginn der 21. Wahlperiode gegenüber dem Bund, der Gesundheitsministerkonferenz, der Arbeits- und Sozialministerkonferenz oder anderen Gremien ergriffen, um eine dauerhafte Finanzierung professioneller Sprachmittlung im Gesundheitswesen zu erreichen?

Wiesbaden, 07. Juli 2026

A handwritten signature in blue ink, consisting of several loops and a long horizontal stroke at the end.

(Sascha Herr)